Leitartikel

von Reinhard Göweil

Kiew ist Europa

Die Regierung in Moskau hat also offenkundig entschieden, sich die Ukraine wieder einzuverleiben. Der russische Präsident Wladimir Putin will der Zar eines Großrussland werden, die Europäische Union hat sich diesem Wunsch gefälligst unterzuordnen. Anders lassen sich das Blutbad in der Ukraine und der von Präsident Wiktor Janukowitsch ausgerufene „Anti-Terror-Kampf“ nicht erklären.

Die Eskalation in Kiew folgt dem bekannten russischen Konzept, wonach immer die andere Seite den ersten Stein geworfen habe, nun müsse „mit allen Mitteln die Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt werden“. Tote und Verletzte werden dabei bedenkenlos in Kauf genommen.

Angesichts der Tragödie hat die EU endlich reagiert, doch bei weitem nicht stark genug. Denn eigentlich müssten die Sanktionen auch Russland treffen. Doch das russische Erdgas, das uns im Winter wärmt, wiegt offenbar immer noch schwerer als jede Form von Menschenrechtsverletzung. Auch das wird sich ändern müssen.

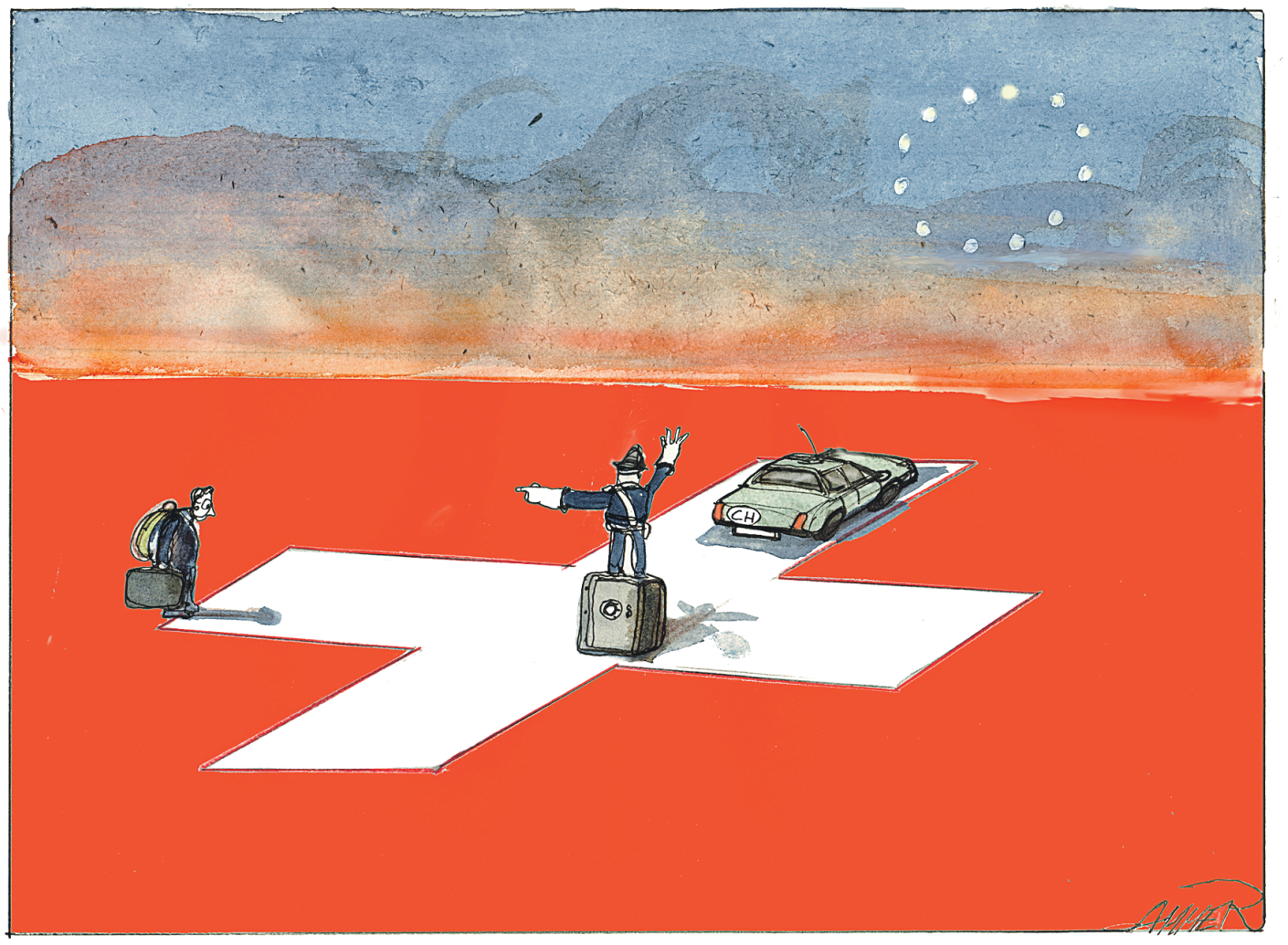
Was würde die EU wohl unternehmen, wenn sich Ähnliches in Rom, Warschau oder Wien abspielte? Das ist die Frage, die zu stellen ist. Denn Kiew ist Europa, und die ukrainische Bevölkerung orientiert sich insgesamt und überwältigend am europäischen Lebensstil. Europa ist allerdings keine Karotte, sondern eine Wertegemeinschaft, und an deren erster Stelle stehen die Menschenrechte.

Es sind daher nicht nur die Institutionen der Europäischen Union aufgerufen, die Gewalt in der Ukraine zu stoppen, sondern sämtliche auf den Menschenrechten fußende Institutionen. Die christlichen Kirchen haben nun ihre Verantwortung wahrzunehmen, aber auch die westlichen Investoren im Land. Der Kampf gegen diese Aggression wird auch den Westen wirtschaftlich treffen, zweifellos.

Doch in der Ukraine sterben Menschen, weil sie eines Systems überdrüssig sind, das pseudo-demokratisch und korrupt ist. Mit dem Blutbad in Kiew, angefeuert von Milliarden-Zahlungen aus Russland, hat das Regime gezeigt, wo es hin will. Trotz Straßensperren fahren am Maidan Busse aus dem ganzen Land vor, um zu zeigen, dass dieser Weg nicht ihrer ist. Nun muss Europa zeigen, wo es steht, wozu es bereit ist und vor allem, wie stark es in Wahrheit ist. Und erst danach mit Russland verhandeln.

leitartikel@wienerzeitung.at

Am Scheideweg



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Wolfgang Ammer

Zitate zum Tag

„Nach dem hart erkämpften 3:1-Sieg gegen Norwegen besuchte Österreichs Eishockeyteam das Austria Tirol House. Zunächst wurden einige offizielle Termine absolviert, danach feierte man den Achtungserfolg in privatem Rahmen. Da am Montag kein Spiel auf dem Programm stand, wurde es bei einigen von uns zu spät. Das war nicht professionell. Wir sind der Meinung, dass dies keinen Einfluss auf die enttäuschende Mannschaftsleistung beim Play-off-Spiel gegen Slowenien hatte, aber wir wissen um unsere Rolle als Vorbilder.“

Entschuldigung der NHL-Profis Thomas Vanek, Michael Grabner und Michael Raffl nach der 0:4-Niederlage gegen Slowenien

„Die Voestalpine hat mit ihrer Klage gegen den Umweltdachverband eine rote Linie überschritten. Mit diesem Einschüchterungsversuch tut sich das Unternehmen selbst keinen Gefallen.“

Christiane Brunner, Umweltsprecherin der Grünen

„Es gibt Leute, die können nicht über das lachen, was ich mache. Ich kann da auch öfters nicht drüber lachen.“

Comedian Helge Schneider

„Kein Staatsoberhaupt mit so viel Blut an den Händen kann im Amt bleiben. Wiktor Janukowitsch spielt nur mit der Opposition und den Ukrainern, wenn er behauptet, in einen Dialog zu treten. So wie er mit der EU sein Spiel trieb, als er vorgab, er wolle das Assoziierungsabkommen unterzeichnen.“

Hannes Swoboda, Vorsitzender der Sozialdemokraten im EU-Parlament

„Die Oppositionsführer haben die Grenzen überschritten, indem sie auf den Druck der Straße setzen und die Leute zu den Waffen rufen. Sie haben das Prinzip der Demokratie verletzt, wonach man die Macht durch Wahlen erhält und nicht durch die Straße.“

Präsident Wiktor Janukowitsch

„Unsere Regierung stuft die Proteste in Kiew als versuchten Staatsstreich ein.“

Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin

„Ich appelliere eindringlich an alle Parteien, die Gewalt zu stoppen, die mein Land an den Rand einer Katastrophe bringt.“

Sergej Bubka, ukrainischer Stabhochsprung-Weltrekordler und IOC-Spitzenfunktionär

Gastkommentar von Martin Heintel

Link in die Vergangenheit oder Zukunft?

Die Abstimmung über die Verkehrsberuhigung auf der Mariahilfer Straße wird die weitere Stadtentwicklung in Wien beeinflussen.

Verantwortliche Stadtplanung hat sich Realitäten zu stellen und muss Zukunft gestalten. Realität ist, dass Wien wächst, sowohl was die bauliche Verdichtung innerhalb der Stadtgrenzen betrifft als auch bevölkerungsmäßig. Wien soll laut Prognosen in den kommenden Jahrzehnten um die Einwohnerzahl von Graz wachsen. Das ist viel und muss aus der Sicht der verantwortlichen Planung integriert werden. Dazu gehört der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel ebenso wie die Reduktion des Individualverkehrs, vor allem im ohnedies schon überlasteten innerstädtischen Bereich. Wien ist global gesehen lebenswert, smart und ein wirtschaftlich attraktiver Standort. Verbesserungspotenzial gibt es immer.

Die Mariahilfer Straße ist Symbol und Vision für Stadtentwicklung gleichermaßen. Geht die bevorstehende Befragung zur Verkehrsberuhigung mit einem Nein aus, ist es ein Schritt zurück. Als negatives Symbol hätte es Konsequenzen für weitere zukunftsweisende Maßnahmen der Stadtentwicklung und Gestaltungen öffentlicher Räume, die damit einen Dämpfer erlangen würden. Ein Ja hingegen bedeutet eine weitere Dynamisierung der Stadtgestaltung. Und eines Stadtlebens, um das uns global gesehen schon jetzt viele beneiden, die es wertschätzen und deshalb auch gerne nach Wien kommen, ob beruflich oder in der Freizeit.

Demografisch gesehen scheint es auch eine Abstimmung Alt gegen Jung – das sollte zu denken geben. Einst kontrovers diskutierte Großprojekte der Vergangenheit wie die Donauinsel zeigten, dass sie letztlich bei allen Generationen gut ankommen, wenn sie einmal fertig sind.

Martin Heintel arbeitet am Institut für Geografie und Regionalforschung an der Universität Wien.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

Bei der Mariahilfer Straße zeigen Fehler im Umsetzungsprozess seit August 2013 auf, dass Stadtplanung ein komplexer Prozess ist. Und es ist nicht immer einfach, allen Interessengruppen gleichermaßen gerecht zu werden. Allein eine gleichberechtigte Aufteilung des öffentlichen Raumes in der Begegnungszone zwischen Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger muss gelernt werden und erfordert Rücksichtnahme von allen. Viele weitere Fragen – Autoquerungen, 13A-Strecke, Zulieferung, Verdrängung des Individualverkehrs in manche Seitengassen, Interessen von Wohnbevölkerung, Geschäftsleuten, Garagenbetreibern und Taxlern – hängen zusammen. Auch die damit verbundenen Eigendynamiken fachlicher wie politischer und zum Teil konkurrierender Diskurse sind nicht zu unterschätzen.

Bürgerbeteiligung ist nicht immer einfach, wo es der zu gestaltende Planungsprozess von den Grundfragestellungen her selbst nicht ist. Mit der Komplexität der Aufgabe sinkt die Teilhabemöglichkeit des Einzelnen in Bezug aufs Ganze. Individuelle, oft emotionale Einstellungen und Bedürfnisse konkurrieren mit einem gesamtgesellschaftlichen Konsens. Vorsorgende Stadtplanung und -entwicklung ist jedoch auch die Suche nach einem Ergebnis im Sinne der Allgemeinheit und Lebensqualität und nicht im Sinne individueller Bauchentscheidungen und situativer Befindlichkeiten. Ein Nein zur Verkehrsberuhigung auf der Mariahilfer Straße „Hü“ wäre aus stadtplanerischer Sicht ein Schritt zurück in die Vergangenheit.

gastkommentar@wienerzeitung.at